

**Antwort der Linkspartei.PDS auf den Wahlprüfstein der  
Deutschen Kommission Justitia et Pax, BUKO Agrar Koordination,  
MISEREOR e.V., FIAN e.V.**

- 1. Wie werden Sie während der kommenden Legislaturperiode die konkrete Umsetzung der FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung in Entwicklungsländern fördern?*

**Antwort:** Jeder Mensch hat nach Artikel 25 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ und Artikel 11 des „Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ das Recht auf ausreichende Ernährung und Schutz vor Hunger. Menschenrechte sind unveräußerlich. Jeder Vertragsstaat ist verpflichtet, alle seine Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen. Sie dürfen weder den Interessen des Marktes noch politischen Machtkonstellationen unterworfen werden.

Die Linkspartei.PDS fordert die Aufstockung des Etats des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf 0,7 Prozent des Brutto- sozialprodukts. Dieser Wert wurde bereits vor rund dreißig Jahren international vereinbart. Dazu haben wir, erstmals in der Geschichte des Bundestages, in der 14. Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorgelegt, der verbindliche Etatsteigerungen und den gezielten Einsatz der Mittel zur Armutsbekämpfung vorsieht. Beides ist Voraussetzung für einen verantwortlichen Beitrag der Bundesrepublik zur Umsetzung des Millenniumsziels, weltweit die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren.

Die Linkspartei.PDS fordert die konsequente Umsetzung der 20:20-Initiative, zu der sich die Bundesrepublik auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995 verpflichtet hat. Danach müssen 20 Prozent des BMZ-Etats direkt zur Finanzierung sozialer Grunddienste (Wasserversorgung, Hygiene, Bildung, Gesundheit) eingesetzt werden. Im Gegenzug wenden die Partnerstaaten 20 Prozent ihrer Haushaltsmittel für diesen Sektor auf.

Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen, dass dem Recht auf Ernährungssicherheit in der Menschenrechtsdebatte ein angemessener Stellenwert zuteil wird. Die Gleichrangigkeit von individuellen und bürgerlichen Freiheitsrechten und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten ist für uns unstrittig. Sie bedingen sich gegenseitig. Darauf muss insbesondere in der entwicklungs- und menschenrechts- politischen Bildungsarbeit verstärkt hingewiesen werden.

- 2. Angesichts der Tatsache, dass ca. 80 % der Hungernden auf dem Land leben, gedenken Sie die öffentlichen Mittel für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Bereich ländliche Entwicklung den Herausforderungen entsprechend aufzustocken?*

Die ländliche Entwicklung ist eine entwicklungspolitische Schlüsselaufgabe. Die Linkspartei.PDS fordert deshalb die deutliche Erhöhung der in diesem Bereich eingesetzten Mittel und eine Konzentration auf Projekte im ländlichen Raum. Dazu gehört die Bereitstellung sozialer Grunddienste (Wasserversorgung, Hygiene, Bildung, Gesundheit) ebenso wie die Förderung einer ökologisch und ökonomisch nachhalti-

gen, an lokalen und regionalen Märkten orientierten Landwirtschaft. Gleichzeitig sind Strukturen des fairen Handels mit den Industriestaaten verstärkt zu unterstützen. Hermes-Exportbürgschaften für Großprojekte mit deutscher Beteiligung (z.B. Staudämme, Minen, Kraftwerke) müssen rechtlich verbindlichen entwicklungspolitischen Kriterien unterworfen werden.

- 3. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Frauen in Entwicklungsländern gleichberechtigten Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und anderen Produktionsmitteln erhalten und ihre Rechte entsprechend in den gesetzlichen Rahmenbedingungen verankert werden?*

Die Linkspartei.PDS fordert die offensive Implementierung von Frauen- und Menschenrechten in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Das gilt sowohl für Rahmenübereinkommen mit den Partnerstaaten als auch bei der konkreten Projektplanung und Umsetzung. Der gleichberechtigte Zugang von Frauen zu Land, zu Produktionsmitteln und Eigentum muss in allen bi- und multilateralen Vereinbarungen verbindlich sichergestellt werden.

Die Linkspartei.PDS fordert zur Unterstützung von Frauen in ländlichen Regionen einen eigenen Haushaltstitel im BMZ-Etat und die Einrichtung von Sonderprogrammen – zusätzlich zur Querschnittsaufgabe Frauenförderung. Ziel muss die Förderung der individuellen Eigenverantwortlichkeit von Frauen (Empowerment) und ihre Wahrnehmung als Subjekt von Entwicklung sein. Bildungs- und Ausbildungsprogramme müssen ebenso auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten werden wie Maßnahmen zur Förderung der ökonomischen und beruflichen Selbstständigkeit. Frauenrechtsorganisationen und Selbsthilfegruppen müssen im Rahmen der EZ besonders unterstützt werden.

- 4. Durch welche Maßnahmen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden Sie umverteilende Landreformen in Entwicklungsländern fördern?*

Die ungerechte Verteilung von Land ist in vielen Regionen der Welt ein massives Entwicklungshemmnis. Umverteilende Agrarreformen sind deshalb ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Hunger und Armut.

Die Linkspartei.PDS fordert deshalb, dass sich die Bundesrepublik bi- und multilateral stärker für eine gerechte Landverteilung einsetzt. Sowohl in entwicklungspolitischen Rahmenvereinbarungen als auch bei der Projektarbeit vor Ort müssen Landreformen einen angemessenen Stellenwert haben. In Kooperation mit Regierungen und internationalen Institutionen muss Druck auf regionale und internationale Großgrundbesitzer ausgeübt werden. Darüber hinaus müssen in der EZ die Grundlagen für eine erfolgreiche Agrarreform gelegt werden. Dazu gehören nicht zuletzt Qualifizierungsprogramme für Kleinbauern und Landlose, Rechtsberatung, die Förderung von Instrumenten der Kleinkreditvergabe und von frauenorientierten Projekten im ländlichen Raum.

Die Linkspartei.PDS lehnt das von der Weltbank unterstützte Modell einer marktgestützten Landreform ab, wonach Kleinbauern und Landlose kreditfinanziert Agrarflächen auf dem 'freien Markt' kaufen sollen.

5. *Wie wollen Sie sicherstellen, dass Handelsabkommen, etwa das Agrarabkommen der WTO, die Möglichkeiten zum Schutz und zur Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft nicht einschränken?*

Die Linkspartei.PDS ist grundsätzlich der Auffassung, dass den Ökonomien der Entwicklungsländer der freie Zugang zu den Märkten der Industriestaaten gewährt werden muss. Insbesondere zur Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards – auch unter den besonders schwierigen ökonomischen Bedingungen in der Dritten Welt – ist der Fall der Zollschränken alternativlos. Gleichzeitig muss den Staaten des Südens die Möglichkeit erhalten bleiben, ihre eigenen Märkte für einen Übergangszeitraum vor den ungleich leistungsstärkeren Ökonomien des Nordens und ihren Landwirtschafts- und Lebensmittelkonzernen zu schützen – zumal ein großer Teil der Produkte auch noch hoch subventioniert wird. Wir halten das Prinzip des „Special and Differential Treatment“, der bewusst selektiven Handels- und Investitionspolitik, derzeit für den einzigen Weg, um global zu einer fairen ökonomischen Ausgangsbasis zu kommen.

Die Linkspartei.PDS unterstützt den Vorschlag einiger Entwicklungsländer, ihre Agrarwirtschaft durch die Kennzeichnung „besondere Produkte“ (so genannter special products) zu schützen. Das sind Produkte, die für die nachhaltige Ernährungssicherung des Landes von besonderer Bedeutung sind. Die Nachfrage nach diesen Waren soll vorrangig durch lokale und regionale ProduzentInnen und Märkte gedeckt werden. Die Herausbildung und nachhaltige Stärkung lokaler und regionaler Märkte ist durch Programme der EZ zu fördern.

Die Linkspartei.PDS fordert zudem die Stärkung von Strukturen des ‚Fair Trade‘, des fairen Handels. Sein nachhaltiger ökonomischer und ökologischer Ansatz muss weiter popularisiert werden. Zur Verbesserung der Marktchancen von Produkten aus fairem Handel ist eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes zu prüfen.

6. *Wie wollen Sie sicherstellen, dass europäische Agrarsubventionen in Zukunft nicht mehr zum Export von Agrargütern unter Produktionskosten und damit zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung in Entwicklungsländern führen?*

Die Linkspartei.PDS lehnt den Export von Agrarprodukten unter den Gestehungskosten prinzipiell ab. Er zerstört lokale und regionale Märkte und gefährdet die nachhaltige Ernährungssicherheit in den betroffenen Ländern. Die Folgen sind Armut, Hunger, Arbeitslosigkeit, Landflucht und die Verödung ganzer Regionen. Um das zukünftig zu verhindern, müssen alle Formen der Exportförderung gleichwertig Gegenstand von Verhandlungen sein. Nur so kann man dem Ziel einer substanziellen Reduzierung von Subventionen und schließlich ihrem vollständigen Abbau näher kommen. Derzeitige internationale Regelungen, etwa die so genannten Dumping-Zölle, sind nicht hinreichend. Die Linkspartei.PDS wird sich sowohl im Bundestag als auch im Europaparlament für eine grundlegende Reform einsetzen. In der Über-

gangszeit müssen die Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, ihre Agrarmärkte gegen subventionierte Exporte zu schützen.

7. *Wie wollen Sie verhindern, dass geistige Eigentumsrechte an Saatgut und anderen Lebensformen die Ernährungssicherheit weltweit gefährden? Welchen Standpunkt hat Ihre Partei zur Nutzung von und Forschung an der GUR-Technologie (Terminator-Technologie)?*

Die Linkspartei.PDS lehnt den Einsatz von gentechnischen Patentschutzverfahren (GURTs) grundsätzlich ab. Mittels der Terminator-Technologie, einer von derzeit rund 60 Techniken des biologischen Patentschutzes, können Saatguthersteller Pflanzen herstellen, deren Samen durch einen gentechnisch eingebauten Mechanismus nicht keimfähig sind oder nur mit Hilfe einer herstellereigenen Chemikalie keimen können. Insbesondere für Kleinbauern in Entwicklungsländern stellt diese Technologie eine existenzielle Bedrohung dar, weil sie, etwa nach Missernten, häufig nicht in der Lage sind, die dadurch hervorgerufenen Kosten aufzubringen. Zudem werden sie von der Saatgutindustrie abhängig, weil sie jedes Jahr neues Saatgut oder keimungsfördernde Chemikalien kaufen müssen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass gentechnisch veränderte Pollen vom Feld in benachbarte Areale gelangen. Sind Kreuzungspartner vorhanden, entstehen möglicherweise auch bei anderen Pflanzensorten keimunfähige Samen. Traditionelle Nutzpflanzen der betroffenen Region und die Artenvielfalt wären dann gefährdet.

8. *Wie werden Sie durchsetzen, dass in Hungerkrisen das Wahlrecht der betroffenen Länder respektiert wird zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht?*

Die Linkspartei.PDS hat grundsätzlich große Bedenken gegenüber dem Einsatz gentechnisch veränderter Nutzpflanzen. Die Gefahrenpotentiale der so genannten grünen Gentechnik für den Menschen und die natürliche Umwelt sind bisher nicht hinreichend erforscht, mögliche Negativ-Folgen nicht absehbar.

Die Linkspartei.PDS wird deshalb sowohl im Bundestag als auch im Europaparlament darauf hinwirken, dass grundsätzlich keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel im Rahmen von Hilfslieferungen eingesetzt werden.

9. *Wie gedenken Sie sich innerhalb der UN, der EU und bei einzelnen Regierungen dafür einzusetzen, dass das Menschenrecht auf Wasser eine politische Anerkennung erfährt und rechtlich gestärkt wird?*

Das Recht auf sauberes Wasser ist, wie das Recht auf Ernährung, ein unveräußerliches Menschenrecht. Die Linkspartei.PDS wird sich deshalb sowohl im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Arbeit als auch gegenüber internationalen Institutionen, der EU und der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die flächendeckende Versorgung mit Wasser zu einem zentralen Punkt der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird. Die Linkspartei.PDS kritisiert in diesem Zusammenhang den Trend, den Zugang zur Ressource Wasser mehr und mehr zu kommerzialisie-

ren. Die Privatisierung der Wasserversorgung in Entwicklungsländern, wie in einer Reihe von Strukturanpassungsprogrammen gefordert, lehnt die Linkspartei.PDS ab.

*10. Welche Schritte gedenken Sie zu unternehmen, um die Verhandlungen über ein Beschwerdeverfahren zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten voran zu bringen und ein entsprechendes Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt zu verabschieden?*

Die Linkspartei.PDS wird sich sowohl auf europäischer Ebene als auch im Bundestag dafür einsetzen, dass zum UN-Sozialpakt, nach dem Vorbild des Zivilpaktes, ein Individualbeschwerdeverfahren geschaffen wird. Dafür wird sie gemeinsam mit parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen PartnerInnen in der kommenden Legislaturperiode eine Initiative entwickeln, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, in diesem Sinne verstärkt politisch aktiv zu werden.